

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Ratsmitglieder!

Sehr geehrte Verler und Verlerinnen!

Im September hat der erste Diener unserer Stadt seinen Posten verlassen und Neuwahlen waren notwendig geworden. Der neue Bürgermeister der Stadt Verl hat vor wenigen Tagen seinen Dienst angetreten und ist vorhin offiziell in sein neues Amt eingeführt worden. Wir gratulieren Herrn Robin Rieksneuwöhner und wünschen ihm für sein neues Amt viel Elan und alles Gute.

Auch in der Zeit eines leerstehenden Bürgermeisterbüros erledigten die Mitarbeitenden im Rathaus ihren Dienst wie von uns allen gewohnt und geschätzt, waren zugewandt, auskunftsbereit und hilfsbereit wie wir Verlerinnen und Verler es kennen, eben eine echte Ermöglichungsbehörde. Trotz des mittlerweile auch im Rathaus angekommenen Fachkräftemangels ist die Außenwirkung gleichbleibend positiv. Die Unterbringung zugewiesener geflüchteter Menschen gelingt den zuständigen Mitarbeitenden mit nach wie vor großer Unterstützung ehrenamtlicher Personen geräuschlos und ohne Einschränkungen für unseren Alltag. Das ist richtig viel Arbeit, die niemand sieht. Vielen Dank für Ihren stetigen Einsatz auf hohem Niveau.

In diesem Jahr werden insgesamt ca. 350 Mio. Wahlberechtigte der Europäischen Gemeinschaft zur Europawahl aufgerufen werden. In einigen deutschen Bundesländern werden Kommunal- und Landtagswahlen stattfinden. Der Ausgang dieser Wahlen wird von vielen Menschen mit Sorge betrachtet.

Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine und der Krieg im Nahen Osten haben die Dynamik in unserer Gesellschaft verändert. Trotz und wegen dieser Zeit der Mehrfachkrisen müssen wir alles für ein friedliches Miteinander tun.

Da ist es gut und richtig, dass Tausende Menschen in vielen Städten friedlich für Demokratie und Menschenrechte demonstrieren. Morgen auch in Verl.

Denn da sind wir uns doch wohl alle einig: Bunte Vielfalt ist besser als braune Einfalt!

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für den reibungslosen Ablauf der Abstimmung zur Landesgartenschau. Auf den Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheids haben viele Bürgerinnen und Bürger die in Verl erstmalige Möglichkeit zur Herbeiführung einer basisdemokratischen Entscheidung genutzt und ihre Stimme zur Frage einer Landesgartenschau im Jahr 2029 abgegeben. Das Abstimmungsergebnis steht fest: Die veranschlagten 20 Mio. EURO für ein Großereignis wie die Landesgartenschau müssen nicht ausgegeben werden. Auch die jährlichen Folgekosten, immerhin ca. 580.000,00 € können im Stadtsäckel verbleiben.

Lang lebe das Kurzzeitgedächtnis, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion: Noch bis zur Mitte des vergangenen Jahres waren Sie bereit, viel Geld für eine Landesgartenschau auszugeben, die eine enorm hohe finanzielle Belastung für den Haushalt ausgemacht hätte und gerieren sich nunmehr als diejenigen, die das größte Einsparpotential beim Durchsehen des vorgelegten Haushaltsentwurfs erkannt haben.

Erkenntnisgewinnung ist ja nicht verboten.

So haben Sie mit Verpflichtungsermächtigungen versehene Anträge ins Schaufenster gestellt, die zwar geeignet sind, den Haushalt 2024 temporär zu entlasten, jedoch Verschiebungen ins Jahr 2025 und darüber hinaus darstellen.

Denn: Wenn Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen im Haushalt stehen, ist das (wie der Name schon sagt) verpflichtend.

Probleme werden lediglich verlagert auf das kommende Haushaltsjahr und engen dann aber die Entscheidungsfreiheit ein. Das kommende Haushaltsjahr 2025 ist somit schon jetzt zusätzlich belastet mit mehr als 4,8 Mio. EURO.

Verpflichtungsermächtigungen sind ein legitimes Mittel der kommunalen Haushaltsplanung und an manchen Stellen auch angebracht, beispielsweise, wenn bestimmte Maßnahmen nicht im Haushaltsjahr beendet und abgerechnet werden können. Diese jedoch als Einsparungen zu präsentieren, bildet nicht die reale Haushaltslage zu wirklichen Einsparungen ab.

Tatsächliche Sparanträge der CDU konnten wir größtenteils mittragen, nicht jedoch den Antrag auf Halbierung der Kosten für das Streamen von Ratssitzungen. Denn wenn nicht mehr alle Ratssitzungen den interessierten Zuschauern an den Bildschirmen zugänglich sind, ist das weder bürgernahe noch transparente und barrierefreie Politik.

Dem Antrag auf Streichung eines großen Teils der Mittel, die für den Kauf von Grundstücken, die zur Weiterveräußerung an Bauwillige gedacht waren, konnten wir ebenfalls nicht zustimmen. Schließlich wird damit das Angebot von Bauplätzen, die dann von der Stadt erworben werden können, verringert undengt den Handlungsspielraum der Verwaltung ein.

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern hat die SPD-Fraktion eine umfangreiche Einsparung für den aktuellen und für die kommenden Haushalte erreicht. 20 Mio. EURO für eine Landesgartenschau plus Folgekosten müssen nicht ausgegeben werden.

Zu einzelnen Maßnahmen lassen sich noch folgende Ausführungen machen:

Kein Parkraumkonzept am Schulzentrum. Es gibt noch keine wirklich realistische Vorstellung, wo Parkmöglichkeiten entstehen könnten, geschweige denn ein Verkehrskonzept für das Gebiet Friedhofstraße, Hauptstraße, Zum Meierhof.

Dann reißen wir mal eben die Aussegnungshalle ab und bauen ein Parkhaus? Die Straßenführung und die Belastung für das Umfeld prüfen wir dann später. So einfach darf man sich das nicht machen. Erst einmal gilt es, das gesamte Gebiet um den Friedhof in den Blick zu nehmen. Die Komplexität solcher Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten müssen im Vorfeld abgestimmt und abgewogen werden.

Jetzt ist es Zeit, mal den Fuß vom Gaspedal zu nehmen. Wir brauchen eine Prioritätenliste der Baumaßnahmen. Begonnene Maßnahmen müssen zum Abschluss gebracht werden. Weitere Projekte müssen von allen Seiten beleuchtet und auf ihre Notwendigkeit geprüft werden.

100 ha Gewerbegebiet in der Pausheide. Wir brauchen Flächen, die eben nicht versiegelt sind. Das haben uns eindrucksvoll die Überschwemmungslagen in der Vergangenheit gezeigt. Von uns, wie schon seit Jahren, ein klares Nein zum Gewerbegebiet Pausheide.

Das geplante Gründerzentrum muss auf seine Sinnhaftigkeit geprüft werden.

Ja, auch unsere hohen Standards beim Bau neuer Einrichtungen müssen wir hinterfragen, aber wir dürfen nicht die Menschen aus dem Blick verlieren.

Und da kommen wir zu einem Thema, das uns Sozialdemokraten am Herzen liegt:

Auch die freiwilligen Leistungen stellen eines der Kernstücke der kommunalen Politik dar, die den Charakter einer Stadt doch erst ausmachen. Soziale kommunale Politik bedeutet, dass wir uns um diejenigen kümmern, die weniger haben und von steigenden Preisen besonders betroffen sind. Gerade auf die Herausforderungen und Krisen unserer Zeit muss mit sozialer Politik geantwortet werden. Nur so kann sozialer Unfrieden verhindert werden.

Leider wollte man unserem Antrag auf Familienförderung nicht folgen.

Familienförderung muss allen Familien zugutekommen und nicht nur Familien mit drei Kindern und mehr. Hier braucht es konkrete Maßnahmen, die wirklich etwas bewirken. Darum fordern wir, den Empfängerkreis des Familienpasses für Familien ab dem ersten Kind zu erweitern.

Dass die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen kann, ist kein pawlowscher Impuls, weil wir eine Oppositionspartei sind oder etwa die Mitarbeit verweigern wollen. Nein, vielmehr ist es so, dass nach unserem Dafürhalten soziale Aspekte im vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht genügend Berücksichtigung finden.

Wir wollen doch alle die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern und weiter steigern. Lassen Sie uns im gegenseitigen wertschätzenden Umgang miteinander zu guten Lösungen für unser Verl kommen.